

Nokia

Enteignen statt entlassen!

Die vom Nokia-Konzern beschlossene und nebenbei verkündigte Schließung des Bochumer Werks ist eine wirtschaftliche und politische Entscheidung. Für Nokia zählt allein der maximale Profit, den sie aus uns herauspressen. Über unsere Lebensinteressen gehen sie achtlos hinweg.

Doch unser Leben ist mehr wert als ihre Profite!

An den insgesamt 4000 Arbeitsplätzen hängt unser tägliches Auskommen. In der „freien“ Marktwirtschaft kann man von HartzIV nicht leben, sondern nur dahinvegetieren. Nokia hat auch mit unserer Arbeitskraft einen Reingewinn von 1,56 Mrd. Euro gemacht.

Verbot von Entlassungen in Konzernen, die Gewinne machen!

Jetzt werden die PolitikerInnen „für uns“ aktiv. Herr Rüttgers will „prüfen“, ob das Land NRW 41 Mio. der nun schon 88 Millionen Euro Fördergelder von Nokia zurückfordern kann. Aber warum ist die Einhaltung der Auflagen für die Fördergelder nie überprüft worden? Warum wurden die Berichte der subventionierten Unternehmen nie von der zuständigen landeseigenen NRW-Bank kontrolliert?

Die NRW-Bank verließ sich auf die „Ehrlichkeit“ der Unternehmen, das Wirtschaftsministerium auf die NRW-Bank, die Landesregierung auf das Wirtschaftsministerium und die regierenden Parteien auf die staatlichen Behörden. Sie alle bekräftigten gegenseitig ihre neoliberale Gesinnung und lobten Nokia als High-Tech-Vorzeigeunternehmen. Welche Kontrolle ist schon von einer CDU-FDP-Regierung zu erwarten, deren Westdeutsche Landesbank gerade erst 2 Mrd. Euro Verluste in Immobiliengeschäften gemacht hat? Rüttgers „kämpft“ nicht um Nokia, sondern um sein politisches Überleben.

Rückzahlung *aller* Subventionen!

Neoliberale Politiker wie Rüttgers werden Nokia für den Verbleib in Bochum noch mehr Steuergelder anbieten. Dabei hätte die Landesregierung die Möglichkeit, alle Arbeitsplätze bei Nokia zu sichern.

Artikel 27 Landesverfassung NRW anwenden!

Der Artikel 27 besagt:

- (1) Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, sollen in Gemeineigentum überführt werden.
- (2) Zusammenschlüsse, die ihre wirtschaftliche Macht missbrauchen, sind zu verbieten.

Wann soll der Artikel 27 zutreffen, wenn nicht in diesem Fall? Das andere Wort für Machtmissbrauch heißt Nokia! Den Artikel 27 wollen aber weder Herr Rüttgers und seine Landesregierung noch SPD und Grüne anwenden. Wir können ihn nur durchsetzen, wenn wir das ganze Ruhrgebiet für den Erhalt unserer Arbeitsplätze mobilisieren. Die Solidarität ist riesig, die Streikbereitschaft nicht nur bei Opel und ThyssenKrupp groß, die A 40 nicht weit.

So radikal sein wie der Nokia-Vorstand!

Der Konzernvorstand von Nokia ist unglaublich dreist und nur auf die Durchsetzung seiner Interessen aus. Wie konnte man diesen eiskalten Managern jemals Vertrauen schenken und sich als „Nokia-Familie“ fühlen? Warum sind wir nach all dem, was passiert ist, nicht genauso dreist, eiskalt und knallhart bei der Verteidigung unserer Arbeitsplätze? Was hindert uns daran, mehrtägige Belegschaftsversammlungen, Streiks, Boykottmaßnahmen oder wie bei Bike-Systems in Nordhausen die Betriebsbesetzung zu organisieren?



Revolutionär Sozialistischer Bund / IV. Internationale (RSB) www.rsb4.de

RSB Ruhr c/o A. Walter, Elsa-Brändström-Str. 66, 46045 Oberhausen V.i.S.d.P.: Peter Kreitz, Mannheim